

Haushaltsrede 2026 der Bürgermeisterin

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,

verehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

sehr geehrter Pressevertreter,

ich freue mich, Ihnen den Haushaltsplanentwurf der Gemeinde Lauf für das Jahr 2026 in gewohnt frühzeitiger Weise einzubringen und vorstellen zu können.

Trotz großer Anstrengungen wird es nach aktuellem Stand im kommenden Jahr nicht möglich sein, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen – so wie es derzeit den allermeisten Kommunen in Baden-Württemberg und im gesamten Bundesgebiet ergeht. Wenn wir die Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit unserer öffentlichen Infrastruktur mit der gebotenen Intensität fortsetzen wollen, werden unsere laufenden Erträge voraussichtlich nicht ausreichen, um die entstehenden Aufwendungen vollständig zu decken. Der Fehlbetrag dürfte sich auf rund 800.000 EUR belaufen.

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass die Kommunen in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren mit geringeren Einnahmen rechnen müssen, als noch im Frühjahr angenommen. Besonders die Gewerbesteuer entwickelt sich landesweit schwächer und bleibt deutlich hinter den bisherigen Erwartungen zurück. Zwar steigen die Anteile aus Einkommen- und Umsatzsteuer leicht an, sie können die Rückgänge bei der Gewerbesteuer jedoch nicht vollständig ausgleichen.

Für unsere Kommune können wir erfreulicherweise feststellen, dass wir bislang keinen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen müssen – im Gegenteil: Diese entwickeln sich stabil und sogar positiv. Das zeigt, dass unsere lokale Wirtschaft leistungsfähig ist und unsere Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgaben leisten.

Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass die landesweiten Trends auch für uns Risiken bergen. Die allgemeinen Prognosen wurden in den vergangenen Jahren

wiederholt nach unten korrigiert, weshalb wir auch künftig mit vorsichtigen Annahmen planen sollten.

Für Lauf möchte ich das zentrale Problem gleich zu Beginn ansprechen: Im Haushaltsplan sind sämtliche wesentlichen Investitionen und umfangreiche Unterhaltungsmaßnahmen berücksichtigt. Mit einem Rekordinvestitionsvolumen von über vier Millionen Euro im Jahr 2026 haben wir die finanziellen Mittel vorgesehen, um die Gemeinde in wichtigen Bereichen weiter voranzubringen.

Umso ernüchternder ist die Tatsache, dass es für zentrale Projekte – insbesondere im Bereich der Wasserversorgung – keine Zuschüsse geben soll. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde hier Millionenbeträge investieren muss, ohne auf finanzielle Unterstützung von Land oder Bund zurückgreifen zu können. Eine kostendeckende Wassergebühr ist angesichts der erheblichen Investitionen, der daraus resultierenden hohen Abschreibungen sowie der umfangreichen Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt für die Bürgerinnen und Bürger nicht zumutbar.

Gerade bei Aufgaben der Daseinsvorsorge – und dazu zählt die sichere Wasserversorgung zweifellos – muss eine faire Lastenverteilung gewährleistet sein. Wenn Kommunen diese Aufgaben allein stemmen müssen, geraten selbst die soliden geplanten Haushalte an ihre Grenzen.

Weitere Informationen werden in den kommenden Wochen erwartet. Wir werden die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und in unsere Haushaltsplanung einarbeiten. Hoffnung gibt dabei die inzwischen zugesagte Stabilisierung der FAG-Masse für die Jahre 2025 und 2026, aus der wir einen sechsstelligen Zuwachs der Erträge erwarten. Zudem sollen zwei Drittel der Sonderinvestitionsmittel des Bundes pauschal an die Kommunen weitergeleitet werden. Ein Mittelabruf ist möglich, sobald konkrete Auszahlungen anstehen – hierin sehen wir derzeit die einzige realistische Möglichkeit, Zuschüsse für unsere umfangreichen Maßnahmen in der Wasserversorgung und im Straßenbau zu erhalten.

Darüber hinaus sollen aus der Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände zusätzliche Mittel für die Ganztagesbetreuung an Grundschulen bereitgestellt werden, die jedoch erst ab 2027 kassenwirksam werden und bis 2029 schrittweise ansteigen.

Wir hoffen, Ihnen bereits zur nächsten Sitzung, in der die Haushaltsberatung vorgesehen ist, aktualisierte Ertragszahlen vorlegen zu können.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wollen wir auch im kommenden Jahr gezielt in unsere Infrastruktur investieren – insbesondere in die Bereiche Straßen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Es ist wichtig, hier kontinuierlich am Ball zu bleiben, um die Leistungsfähigkeit und Zukunftssicherheit unserer Daseinsvorsorge zu sichern. Diese Aufgaben werden auch in den kommenden Jahren die größten Ausgabeposten im Haushalt darstellen.

Gleichzeitig wollen wir unsere Anstrengungen im Umwelt- und Klimaschutz fortsetzen und wichtige Projekte in diesem Bereich weiter vorantreiben. Wir dürfen dabei festhalten: Unsere öffentlichen Gebäude befinden sich insgesamt in einem guten Zustand – eine solide Basis, auf der wir weiter aufbauen können.

Aber nun zu unserem Haushaltsplan.

Grundlage für die Aufstellung des aktuellen Entwurfs sind die Orientierungsdaten vom 26.06.2025 und die Oktober-Steuerschätzung, deren Regionalisierung aber nur in Bezug auf die Einkommenssteueranteile und die Umsatzsteuer eingearbeitet werden konnte. Weitere Zahlen – und dabei handelt es sich hoffentlich um Verbesserungen, werden im Rahmen der Vorlage der aktualisierten Orientierungsdaten folgen.

Diese können nur Anhaltspunkte für die individuelle gemeindliche Finanzplanung geben. Es bleibt Aufgabe jeder Gemeinde, anhand dieser Daten - unter Berücksichtigung der aktuellen Konjunktur- und Steuerentwicklung sowie der örtlichen und strukturellen Gegebenheiten - die für ihre Finanzplanung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln.

Aufgrund der Ende 2025 weiterhin hohen Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 1.280 EUR und des derzeit nicht gerade niedrigen Zinsniveaus muss es unser Ziel sein, auf eine weitere Verschuldung zu verzichten. Derzeit haben wir eine sehr hohe Tilgungsverpflichtung mit einer jährlichen Belastung in Höhe von insgesamt 435 TEUR (inkl. des Eigenbetriebs Gemeindewerke). Durch eine Begrenzung der Verschuldung können wir uns die Handlungsspielräume für die Zukunft erhalten. Die bisherigen Darlehen wurden überwiegend zum Zeitpunkt der Niedrigzinsphase aufgenommen, so dass sich die Zinsbelastung mit 21 TEUR im Jahr 2026 insgesamt im Rahmen hält.

Bevor ich auf Einzelheiten des Haushaltsplanentwurfs eingehe, noch ein Blick zurück:

Das Jahr 2024 war ein gutes Jahr. Die Gewerbesteuereinnahmen lagen mit rund 1,4 Mio. EUR rund 200 TEUR über dem Ansatz. Seit 2021 liegen wir hier stabil über einer Million Euro an Einnahmen.

Zwar blieben die Schlüsselzuweisungen und die Einkommensteueranteile hinter den Erwartungen zurück, aber viele Einsparungen und weitere Mehrerträge im Ergebnishaushalt führten zu einem ordentlichen Ergebnis von voraussichtlich rund 700 TEUR anstatt der prognostizierten rund 100 TEUR. Da auch im Investitionsbereich einiges verschoben werden musste oder eingespart werden konnte, reduzierte sich die geplante Entnahme aus der Liquiditätsrücklage von rund 4 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR. Zum 31.12.2024 hat die Liquiditätsrücklage einen Stand von rund 2,8 Mio. EUR im Kernhaushalt zuzüglich rund 880 TEUR beim Eigenbetrieb Gemeindewerke.

Im laufenden Jahr 2025 werden wir mit einem um vielleicht rund 1 Mio. EUR besseren Ergebnis als geplant im Ergebnishaushalt rechnen können. Insbesondere liegen die Gewerbesteuereinnahmen inzwischen mit rund 1,7 Mio. EUR um 500 TEUR über dem Ansatz. Im Saldo mit weiteren Mehrerträgen, Minderaufwendungen, Einsparungen und Verschiebungen von Auszahlungen für geplante Investitionen wird geplante Entnahme aus der Liquidität in Höhe von rund 2,5 Mio. EUR voraussichtlich bei 1,1 Mio. Euro liegen. Diese Verbesserung erstaunt im ersten Moment – hängt in erster Linie aber damit zusammen, dass es sich zu einem großen Anteil um eine Verschiebung von Ausgaben, die im Jahr 2026 erneut angesetzt wurden, handelt. Aus Gründen der Haushaltsklarheit verzichten wir auf die Übertragung von Mitteln und setzen zurückgestellte Maßnahmen neu an.

Der Haushaltsplan 2026 weist im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge in Höhe von 12.293.000 Euro und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 13.084.600 Euro aus. Daraus ergibt sich ein negatives ordentliches Ergebnis von 791.600 Euro.

Damit schließt der Ergebnishaushalt zum zweiten Mal in Folge mit einem geplanten Fehlbetrag ab – ein Umstand, den es in dieser Form bislang nicht gegeben hat.

Im Finanzhaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 11.855.400 EUR, der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 11.838.100 EUR. Ganz knapp erreichen wir einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 17.300 EUR.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt 543.500 EUR, der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Rekordhöhe mit 4.438.000 EUR. Die Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit belaufen sich auf

220.700 EUR. Dabei handelt es sich um Kredittilgungen. Und leider mussten wir aufgrund des fehlenden Zahlungsmittelüberschusses und der zur Neige gehenden Liquiditätsrücklage eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.200.000 EUR einplanen, um den Liquiditätsbedarf durch die Investitionen decken zu können. Bei 600.000 EUR der 2.200.000 EUR handelt es sich um ein inneres Darlehen vom Eigenbetrieb Gemeindewerke.

Die veranschlagte Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestand beträgt 1.897.900 EUR.

Schweren Herzens schlagen wir dem Gemeinderat aufgrund der derzeit angespannten finanziellen Situation eine moderate Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 340 v. H. auf 360 v. H. und des Hebesatzes der Grundsteuer B von 260 v. H. auf 290 v. H. vor. Dies entspricht einer Steigerung von rund 5,9 % bei der Gewerbesteuer und 11,5 % bei der Grundsteuer B. Uns ist bewusst, dass jede Steueranpassung wohlüberlegt sein muss. Dennoch ist dieser Schritt notwendig, um die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde auch in den kommenden Jahren sicherzustellen.

Die Grundsteuerreform ist in der Gemeinde Lauf erfreulich ruhig und sachlich verlaufen. Heute können wir feststellen: Das Grundsteueraufkommen 2025 war nahezu eine Punktlandung gegenüber unseren Schätzungen. Das erklärte Ziel der Aufkommensneutralität wurde damit erreicht. Der festgesetzte Hebesatz von 260 v. H. bei der Grundsteuer B hat sich als sehr gut geschätzt hinsichtlich einer angekündigten Aufkommensneutralität erwiesen.

Der Hebesatz für die Grundsteuer A, die mit einem Aufkommen von rund 13.000 EUR mittlerweile eine untergeordnete Rolle spielt, soll beim bisherigen Satz von 460 v. H. bleiben. Hierbei handelt es sich um landwirtschaftliche Grundstücke; mit der unveränderten Höhe möchten wir hier ein klares Zeichen für unsere Landwirtschaft setzen.

Für das Planjahr 2026 geht die Verwaltung von einer Gewerbesteuererwartung von 1,35 Mio. EUR aus. Diese Schätzung basiert auf dem Wert der Vorauszahlungen des letzten Jahres sowie aus der vorgeschlagenen Erhöhung, die sich hier mit 76 TEUR auswirkt.

Mittelfristig – also bis zum Jahr 2029 – wird die Gewerbesteuer mit jährlich 1,4 Mio. EUR kalkuliert.

Bei der Grundsteuer werden Einnahmen von gleichbleibenden 615 TEUR erwartet. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung schlägt hier mit rund 60 TEUR zu Buche.

Die Einkommensteueranteile sowie die Finanzaufweisungen (das sind Schlüsselzuweisungen, Investitionszuschüsse, Umsatzsteueranteil und Familienleistungsausgleich) sind die höchsten Einnahmepositionen des Ergebnishaushaltes. Sie belaufen sich auf 6.278.300 EUR und machen 51 % der Einnahmen des Ergebnishaushaltes aus.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist die bedeutendste Einnahmeposition im Haushalt. Sie beträgt im Jahr 2026 voraussichtlich bei rund 3,2 Mio. EUR. Die Schlüsselzuweisungen sind abhängig von der Ermittlung der Bedarfsmesszahl unter Anrechnung der Steuerkraft des Vorjahres. Dabei ist die Bedarfsmesszahl vom Grundkopfbetrag, der per Rechtsverordnung festgesetzt wird, und von der Einwohnerzahl abhängig. Auf der Grundlage des bei den Orientierungsdaten in Aussicht gestellten festgesetzten Grundkopfbetrags in Höhe von 1.748 EUR je Einwohner errechnet sich ein für Lauf maßgebender Kopfbetrag von 1.861 EUR je Einwohner.

Die Schlüsselzuweisungen einschließlich der ebenfalls von der Einwohnerzahl abhängigen Investitionszuschüsse sind für 2026 auf dieser Basis mit 2.676.000 EUR berechnet.

Im vergangenen Jahr hat sich die Kreisumlage um vier Prozentpunkte auf 32,5 v. H. erhöht – das bedeutet für uns eine durchschnittliche jährliche Mehrbelastung in Höhe von 260 TEUR. Der Kreistag hat den Hebesatz für zwei Jahre in gleichbleibender Höhe festgeschrieben, sodass wir zumindest im kommenden Jahr mit einer Konstanz rechnen können.

Trotzdem wird die Kreisumlage aufgrund unserer steigenden Steuerkraft voraussichtlich um rund 110.000 EUR auf 2.172.000 EUR zulegen.

Wie sich die Kreisumlage ab 2027 entwickeln wird? Schwer zu sagen – spannend bleibt es auf jeden Fall.

Unspannend ist dagegen die Frage, **ob** sie weiter steigen wird. Davon können wir aufgrund der enorm gestiegenen Soziallasten und des ungeklärten Finanzierungsproblems der Landkreiskliniken ganz sicher ausgehen.

Die abzuführende Summe aus Gewerbesteuer-, Finanzausgleichs- und Kreisumlage beläuft sich insgesamt auf 3.786.800 EUR.

Saldiert verbleiben im Ergebnishaushalt aus den Einnahmen von Steuern und Finanzausgleich abzüglich der zu leistenden Umlagen in 2026 insgesamt 4,5 Mio. EUR.

Die Abschreibungen belaufen sich nach der Planung auf 1.246.500 EUR, die Auflösung von Sonderposten auf der Gegenseite auf 437.600 EUR. Der Saldo daraus in Höhe von 808.900 EUR steht in Anlehnung an die kaufmännische Buchführung für Investitionen zur Verfügung. Abzuziehen wären 791.600 EUR an veranschlagtem negativem ordentlichem Ergebnis sowie die Tilgung von Krediten in Höhe von 220.700 EUR, so dass kein Geld für Investitionen zur Verfügung steht (sogenannte Netto-Investitionsrate). Im Gegenteil – wir brauchen rund 200.000 EUR aus unserer Gottseidank noch vorhandenen Liquiditätsrücklage, um die laufenden Ausgaben decken zu können!

Für unsere Investitionen in Höhe von netto 4,4 Mio. EUR netto müssen wir somit zusätzlich gleichfalls auf die Liquiditätsrücklage zurückgreifen. Nach Abzug von 540 TEUR an Zuschüssen sowie einer Kreditaufnahme von 2,2 Mio. EUR ergibt sich der Saldo des Finanzmittelbestandes in Höhe von -1.897.900 EUR.

Zu Beginn des Jahres 2026 dürften rund 2,1 Mio. EUR in der Liquiditätsrücklage des Kernhaushaltes zu verzeichnen sein. Auch mittelfristig können die vorgesehenen Netto-Investitionen in einer Gesamthöhe von 8,0 Mio. EUR nicht gedeckt werden, so dass die Liquiditätsrücklage am Ende nur leicht über dem Mindestmaß liegt, obwohl für das Jahr 2026 eine Kreditaufnahme in Höhe von 600 TEUR vom Eigenbetrieb Gemeindewerke sowie weitere 1,6 Mio. EUR vom Kreditmarkt geplant sind, um die umfangreichen Investitionen stemmen zu können. Außerdem ist der Verkauf von Ökopunkten in Höhe von 1 Mio. EUR, sowie eine weitere Kreditaufnahme von 1,1 Mio. EUR für das Jahr 2027 eingeplant. Der Betrag für den Verkauf von Ökopunkten ist variabel und könnte bei Erhöhung die geplante Kreditaufnahme vom Kreditmarkt evtl. für 2026 als auch für 2027 ersetzen. Dies hängt natürlich vom Marktgeschehen ab. Da wir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht wissen, ob bestimmte vom Planungsverlauf abhängige Investitionen schon im nächsten Jahr begonnen werden können, sind noch alle Optionen offen.

Der Schuldenstand des Kernhaushaltes wird sich zum Jahresende 2026 auf 2.743.100 EUR belaufen; das entspricht je Einwohner 684 EUR. Der Vollständigkeit halber sei hier auf den Schuldenstand des Eigenbetriebs Gemeindewerke in Höhe von 1.955.900 EUR hingewiesen. Dies entspricht 488 EUR/Kopf, zusammen mit dem

Kernhaushalt liegen die Darlehen Ende 2026 bei 4.699.000 EUR und somit pro Kopf bei 1.172 EUR. Mittelfristig würde der Schuldenstand bis Ende 2029 insgesamt auf 3,6 Mio. EUR, also 900 EUR je Einwohner sinken, sofern wir keine externen Kredite aufnehmen.

Der Schuldenstand der Gemeinden unserer Größenklassen und inklusive der Eigenbetriebe lag Ende 2023 bei 848 EUR pro Kopf. Das bedeutet, dass wir noch immer weit über dem Durchschnitt liegen, derzeit aber auf ein gesundes Maß zurückkommen.

Während in 2026 insgesamt für Zins- und Tilgungsaufwendungen 455 TEUR (davon 21 TEUR Zinsen) aufgebracht werden müssen, sind es in 2029 Tilgungsraten von 321 TEUR (davon 11 TEUR Zinsen) – ohne Berücksichtigung neuer notwendig werdender Kreditaufnahmen!

Um auch künftighin die notwendigen Leistungen in die Infrastruktur wie z. B. Straßen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit den erforderlichen Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen erbringen zu können, müssen die eigenen Einnahmemöglichkeiten nach wie vor ausgeschöpft und die Einsparpotenziale auf der Ausgabeseite genutzt werden. Der Haushaltskonsolidierung ist weiterhin oberste Priorität einzuräumen.

Insbesondere das ordentliche Ergebnis sollte künftig eine Stärkung erfahren, damit die aufgrund der zahlreichen Investitionen stark steigenden Abschreibungen erwirtschaftet werden können. Noch haben wir bei den ordentlichen Erträgen ein Polster von schätzungsweise 6 Mio. EUR. Im Jahr 2026 könnte es jedoch erstmals sinken anstatt zu steigen. Hoffen wir, dass dieser Trend nicht anhält und dass unser sogenanntes Basiskapital, das nach Verbrauch der Rücklage in Anspruch zu nehmen wäre, nicht sinkt.

Bei den Gebühren für die Kindergärten, die Verlässliche Grundschule sowie für das angebotene Mittagessen sollten wir weiterhin darauf achten, dass wir die sukzessive Anpassung an die Sach- und insbesondere Personalkostensteigerungen nicht verpassen.

Auf die Wassergebühren werde ich später eingehen. Bei den Verwaltungsgebühren steht eine Neukalkulation an.

Wir rechnen bei den Entgelten für öffentliche Leistungen mit rund 1,5 Mio. EUR. Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte werden in Höhe von 811 TEUR erwartet. An Zuweisungen für laufende Zwecke sollen ca. 1,1 Mio. EUR eingehen.

Der Personalaufwand belastet die Aufwandseite mit 2,4 Mio. EUR. Dies entspricht in etwa den tatsächlichen Kosten im Jahr 2025 abzüglich der voraussichtlichen Tarifsteigerung in Höhe von 3 %.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen insgesamt rund 3 Mio. EUR und entspricht dem Niveau des Vorjahres. Hierunter fallen Kosten für Unterhaltung und Energie der gemeindlichen Grundstücke, Gebäude und Fahrzeuge, Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen, Mieten, Pachten, Fortbildungen, Lehr- und Lernmittel, IT-Ausstattung und die weiteren besonderen Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Die bereits im Jahr 2025 sprunghaft angestiegene Höhe liegt insbesondere an den Unterhaltungskosten mit rund 1,8 Mio. EUR. Die Ursache hierfür liegt im besonderen Maße unverändert bei erhöhten Aufwendungen für Straßensanierungen, Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Wasserkraftwerk und zusätzlich dem Dach der Einsegnungshalle.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen rund 550 TEUR. Das sind im Wesentlichen Geschäftsaufwendungen, Versicherungskosten und Erstattungen für die Eigenbetriebe für von dort erbrachte Leistungen für den Kernhaushalt.

Nun möchte ich Ihnen einige Einzelmaßnahmen in den verschiedenen Produktgruppen im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Kurzform beschreiben.

Rathaus/IT

Der Server im Rathaus muss erneuert und aufgrund erhöhter Anforderungen bezüglich der fortschreitenden Digitalisierung vergrößert werden. Wir rechnen mit Kosten in Höhe von 35 TEUR. Für die Umsetzung des digitalen Rechnungsworkflows haben wir Softwarekosten in Höhe von 22 TEUR bereitgestellt.

Bauhof

Nachdem wir im letzten Jahr kräftig in Gebäude und Fahrzeuge investiert haben sind hier lediglich Restarbeiten an einem Lagerflächendach für 10 TEUR vorgesehen.

Freiwillige Feuerwehr

Die Vergabe zur Beschaffung eines Gerätewagens Transport (GW-T) hat Ende 2024 stattgefunden. Mit einer Lieferung wird erst im Jahr 2027 gerechnet. Deshalb wurde nun lediglich eine Anzahlung in Höhe von 68 TEUR eingeplant, im Jahr 2027 die Restzahlung mit 85 TEUR. Wir haben eine Zusage für eine Fachförderung in Höhe von 13 TEUR. Die

Einführung des Digitalfunks hat im Jahr 2025 mit der Einsatzstelle Leitfunk sowie der Erneuerung des Leitstands im Feuerwehrhaus begonnen. Nun soll der Einsatzstellenfunk für rund 30 TEUR folgen. Außerdem werden die Erneuerungen der Atemschutzgeräte, Masken und Lungenautomaten sukzessive fortgeführt.

Katastrophenschutz

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat in unserer Gemeinde einen hohen Stellenwert. In den letzten Jahren wurde immer wieder geprüft, wie die Versorgung und Einsatzbereitschaft bei Stromausfällen oder anderen Katastrophen verbessert werden kann.

Ein wichtiger Punkt dabei ist die Beschaffung von Notstromaggregaten für zentrale Einrichtungen wie das Feuerwehrhaus, das Rathaus und die Neuwindeckhalle. Im Frühjahr 2023 wurde gemeinsam mit der Feuerwehr und dem DRK Ortsverein Lauf ein entsprechendes Konzept besprochen. Eine Umsetzung konnte jedoch bisher nicht erfolgen, mehrere Anläufe für eine tragfähige Lösung scheiterten.

Die Stromaggregatplanung soll nun mit einem neuen Planer wieder aufgenommen werden, und im November ist ein neues Gespräch zur Katastrophenschutzplanung vorgesehen, um das wichtige Thema mit neuem Schwung vorantreiben zu können.

Kultur- und Vereinsförderung

Beim Umbau der bisherigen KITA St. Anna zum Vereins- und Gemeindezentrum kam es zu Verzögerungen. Dieser wird nun im Jahr 2026 beendet. Entsprechende Mittel wurden verschoben.

An dieser Stelle möchte ich ergänzend anmerken, dass die Verwaltung trotz angespannter Finanzsituation zunächst an der umfangreichen Höhe der Vereinsförderung festhalten möchte.

Flüchtlingsunterkünfte

Für die Gebäude im Silberloch und im Gehrengraben soll untersucht werden, inwiefern der Einbau einer Wärmepumpe Sinn machen würde. Für eine Heizungserneuerung in beiden Gebäuden wurden 100 TEUR eingeplant.

Kindergarten St. Josef

Für den Naturkindergarten braucht es eine weitere feste Überdachung, um bei Regen auch außerhalb des Zirkuswagens einen geschützten Bereich zu haben. Hierfür ist ein Vordach für 20 TEUR geplant, für das wir uns einen LEADER-Zuschuss erhoffen. Außerdem soll die Jurte einen Holzkonstruktionsersatz für bisher geschätzten 25 TEUR erhalten. Wünschenswert wäre seitens der Kindergartenleitung ein zusätzliches Klettergerüst im Außenbereich des Kindergartens St. Josef für 24 TEUR. Dieses wurde für das Jahr 2027 vorgemerkt. Die Erweiterung der Photovoltaikanlage kann erst nach einer ohnehin geplanten Verstärkung des Stromnetzes in der Schulstraße erfolgen und wurde im Jahr 2027 eingeplant.

Kinderkrippe St. Anna

Dort wünscht man sich zur Ergänzung des Außenbereichs die Einrichtung eines Wasserspielbereichs für schätzungsweise 10 TEUR.

Eine große Position beansprucht die laufenden Kosten des Kindergartens St. Josef und der Kinderkrippe St. Anna. Insgesamt über 1 Mio. EUR nach Abzug der Landeszuschüsse muss die Gemeinde aufbringen, um die Gebäude bereitzustellen und der Kirchengemeinde einen Betriebskostenzuschuss von ca. 91 % zu leisten. Zum 01.03.2025 wurden 178 Kinder betreut. Gemäß dieser Zahl bedeutet dies ein durchschnittlicher Zuschuss von fast 6.000 EUR je Kind/Jahr bzw. von rund 500 EUR/Monat zuzüglich dem ergänzenden Zuschuss der Kirchengemeinde.

Neuwindeckhalle

Für einen Anstrich der Holzverkleidung, Erneuerung der restlichen Fenster und Sanierung von Lichtkuppeln sind insgesamt 135 TEUR vorgesehen.

Für die Fußgängerführung für Kindergärten/Neuwindeckhalle/Schule hoffen wir, dass noch im Jahr 2025 entsprechende Maßnahmen erfolgen können. Vorsorglich wurden jedoch rund 50 TEUR nach 2026 „verschoben“, sofern die Maßnahme, die in heutiger Sitzung vergeben werden soll, z. B. witterungsbedingt nicht mehr zur Ausführung kommen kann. Für eine Ringerschließung beim vor der Kinderkrippe verbliebenen Parkplatz wurden laut Beschlusslage im Gemeinderat 340 TEUR für das Jahr 2027 berücksichtigt.

Mittelfristig wäre zu überlegen, ob wir eine Photovoltaikanlage zur Eigenversorgung der Schule, des zukünftigen Vereins- und Gemeindezentrums und der Halle selbst

installieren können. Für das Jahr 2028 wurden vorsorglich 200 TEUR anhand einer Schätzung vorgemerkt.

Förderung der E-Mobilität

Nach mehrfacher Rückmeldung aus der Bevölkerung wäre eine Schnellladesäule an zentraler Stelle in Lauf wünschenswert. Derzeit wird das Stromnetz in der Ortsmitte verstärkt, was dies beispielsweise am Rathausplatz grundsätzlich ermöglichen würde. Jedoch würden die Kosten hierfür bei schätzungsweise rund 50 TEUR liegen. Derzeit hoffen wir auf ein Zuschussprogramm, das diese Investition für unsere Gemeinde erschwinglich machen würde. Hoffnungsvoll wurde hier ein Ausgabeansatz gebildet, dessen Einsatz mehr als ein Fragezeichen im nächsten Jahr hat.

Wasserkraftwerk

Wie sich kurz vor Ablass des Stausees in diesem Jahr herausgestellt hatte, ist der bisher nicht sanierte mittlere Teil der Staumauer inzwischen sehr stark sanierungsbedürftig. Eine in der Zeit des ausgelassenen Staubeckens kurzfristig ermöglichte Schnellmaßnahme hatte leider nicht zum gewünschten Erfolg verholfen. Für die Sanierung liegt eine Schätzung in Höhe von rund 95.000 EUR vor. Außerdem muss ein Absperrschieber für 13 TEUR erneuert werden.

Wasserversorgung

Es sind für die Unterhaltung 545 TEUR (Vorjahr 523 TEUR) vorgesehen:

Der Ansatz für die Beseitigung von Rohrbrüchen und dabei zu erneuernde Schieberkreuze wurde auf 150 TEUR erhöht. Für den Ersatz von Hydranten sind insgesamt 25 TEUR vorgesehen.

Für die im Mai 2022 beschlossene Maßnahme, in allen Haushalten flächendeckend elektronische Wasserzähler einzubauen, brauchen wir 23 TEUR für den Einbau der noch 160 verbleibenden Zähler. Noch Jahre begleiten wird uns der normgerechte Umbau von mindestens weiteren 70 Wasserhausanschlüssen, um auch dort die Zähler wechseln zu können. Nach 300 TEUR im vergangenen Jahr werden nun weitere 300 TEUR im Ergebnis- und nochmals 150 TEUR im Finanzhaushalt für rund 35 Wasserhausanschlüsse bereitgestellt.

Nach eingehender Besprechung im Gemeinderat sollen die Quelfassungen mit der Zuleitung zum Quellsammelschacht und weiter zur Quellsauptleitung nach und nach

erneuert werden. Diese Maßnahmen werden uns in den nächsten Jahren in Millionenhöhe begleiten. Für das Jahr 2026 ist zunächst die Durchführung des ersten und teilweise des zweiten Abschnitts für 965 TEUR vorgesehen. Geplant ist die Erneuerung der Leitung vom Hochbehälter Lautenbächle bis zur untersten Quelle, inklusive der Neufassung dieser Quelle mit Quellsammelschacht. Die tatsächliche Durchführung hängt davon ab, ob uns die Planung zum anvisierten Zeitpunkt vorgelegt werden und die Ausschreibung rechtzeitig stattfinden kann. Im Jahr 2027 brauchen wir dann für die Erneuerung der Leitungen vom Oberen Lautenbächle bis Schieberkreuz und inkl. der Neufassung der Quellen 810 TEUR. Der dritte Abschnitt ist dann in den Jahren 2028/29 für 550 TEUR vorgesehen.

Für eine hydraulische Netzberechnung wurden mittelfristig rund 40 TEUR und für die Neutrassierung von Wasserleitungen werden 50 TEUR reserviert.

Dringend erledigt werden muss die Erneuerung aller Fernwirkanlagen in den Hochbehältern. Die nun letzte Maßnahme ist die Erneuerung der Steuertechnik für die Hochbehälter Kopfgarten, Hornenberg und Auquelle, die bereits vergeben wurde und für die 325 TEUR bereitgestellt werden.

Die Erneuerung der Wasserleitung und von Wasserhausanschlüssen in der Kirchstraße wird uns voraussichtlich 335 TEUR kosten. Weitere Kosten für diese Maßnahme fallen insbesondere im Abwasserbereich an, da die maroden Hausanschlüsse der Anlass für diese dringende umfassende Maßnahme sind.

Ein Jahr später ist in der Laufbachstraße im Zuge des Ausbaus die Erneuerung der Wasserleitung und von Wasserhausanschlüssen für 445 TEUR vorgesehen. 25 TEUR brauchen wir bereits im Jahr 2026 für die Planung. Auch die Aspichstraße im Ortsteil Aspich soll nach Vollendung des Regenüberlaufbeckens eine Erneuerung der Straßendecke erfahren. Bei dieser Gelegenheit soll voraussichtlich im Jahr 2027 die sehr alte Wasserleitung für voraussichtlich 65 TEUR ausgetauscht werden.

Zaunerneuerungen in Schutzgebieten werden mit 34 TEUR zu Buche schlagen.

In Summe stellen wir für die Wasserversorgung mittelfristig insgesamt über 1,5 Mio. EUR für Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt bereit; für Investitionen sind es mittelfristig weitere über 4 Mio. EUR. Um dies alles schultern zu können, ist eine weitere Gebührenerhöhung im Jahr 2027 nicht zu vermeiden, wenn wir die Wasserversorgung weiterhin annähernd kostendeckend betreiben möchten.

Abwasserbeseitigung

Für die Sanierung von Kanälen stehen jeweils 50 TEUR jährlich für allgemeine Maßnahmen bereit. Weitere rund 150 TEUR wurden im Ergebnishaushalt für partielle Kanalsanierungen oder Kanal-TV-Befahrungen eingeplant.

Die größte Maßnahme im Abwasserbereich wird die Vollendung des Neubaus des Regenüberlaufbeckens im Ortsteil Aspich sein, für die rund 1,5 Mio. EUR an Mittel berücksichtigt werden. Inzwischen wurde ein Zuschuss der voraussichtlich 1,8 Mio. teuren Maßnahme mit 434 TEUR zugesagt.

Außerdem hohe Mittel beanspruchen wird die Kanalmaßnahme in der Kirchstraße mit 270 TEUR sowie im Jahr 2027 in der Laufbachstraße mit 165 TEUR.

An den Abwasserzweckverband Bühl und Umgebung werden 284 TEUR, an den Abwasserzweckverband Sasbachtal weitere 46 TEUR an Umlagen überwiesen.

Gemeindestraßen

Bei den Straßen wurde für Unterhaltungsmaßnahmen 225 TEUR angesetzt. Allerdings fallen hiervon schon über 60 TEUR alleine für die laufende Unterhaltung wie Straßenränder mähen, Beet- und Anlagenpflege an. Die weiteren Mittel stehen für Sanierungen bereit.

Für den Ausbau der Laufbachstraße wurden Planungskosten in Höhe von 24 TEUR (weitere 29 TEUR bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung) im Finanzhaushalt eingestellt. Die Durchführung ist im Jahr 2027 für rund 400 TEUR vorgesehen (weitere Mittel gleichfalls bei der Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung).

Für die Schaffung von fünf neuen Bushaltestellen sind 60 TEUR vorgesehen. Die Straßenbeleuchtung soll an den Bushaltestellen punktuell ergänzt werden. Über die Erweiterung der Straßenbeleuchtung in der Friedhofstraße für 35 TEUR soll im Jahr 2026 entschieden werden.

Bereitstellung von Grün- und sonstigen Anlagen (auch Spielplätze)

Nach wie vor besteht der Wunsch zur neuen Konzeption des Chillplatzes für unsere Jugendlichen. In Regie des LAUFAZ sollen hier Ideen entwickelt und anhand eines Zuschussprogrammes umgesetzt werden. Hier ist man noch in den vagen Anfängen.

Friedhof

Für die Dachsanierung sind hier 200 TEUR an Mitteln vorgesehen. Für die Anlage neuer Urnenfelder wurden vorsorglich 20 TEUR eingeplant.

Gemeindewald

Neben der Erholungsfunktion und dem vielfältigen Lebensraum für Tier- und Pflanzenwelt bietet er uns aufgrund der Holzwirtschaft voraussichtlich einen Deckungsbeitrag in Höhe von rund 82 TEUR für weitere Gemeindeaufgaben. Hier steht für 2026 die Verabschiedung des neuen und für zehn Jahre festgelegten Forsteinrichtungswerks an.

Wanderwegenetz

Für die Weiterentwicklung unseres Wanderwegenetzes und die Unterhaltung sind gleichfalls Mittel vorgesehen. Dankbar sind wir für das umfangreiche ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich! Für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette im Wasserkraftwerk wurden 30 TEUR eingestellt.

Eigenbetrieb Gemeindewerke

Der Eigenbetrieb Gemeindewerke, in dem die Schaffung und Verpachtung des Breitbandnetzes abgewickelt wird, soll plangemäß ein positives ordentliches Ergebnis in Höhe von 92.800 EUR erreichen. Der Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt 144.800 EUR. Tiefbaumaßnahmen werden mit 125 TEUR für Nachverdichtungen veranschlagt.

Kreditaufnahmen sind beim Eigenbetrieb Gemeindewerke keine vorgesehen.

Die Tilgungen belaufen sich auf 214.100 EUR. Die Abschreibungen und das ordentliche Ergebnis reichen zwar nicht im Jahr 2026 jedoch erstmalig insgesamt im mittelfristigen Zeitraum aus, um die Investitionen und Tilgungen vollständig decken zu können. Außerdem ist zumindest im Jahr 2026 ein Darlehen über 600 TEUR an den Kernhaushalt möglich und eingeplant.

Der Schuldenstand der Gemeindewerke zum 31.12.2026 beträgt voraussichtlich 1.956.000 EUR. Am Ende des Finanzplanungszeitraums wird er voraussichtlich bei rund 1,5 Mio. EUR liegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

In den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Gespräche mit den verschiedensten Bereichen der Gemeindeverwaltung geführt. Daraus ist ein umfangreiches, zugleich aber sehr konkretes Arbeitsprogramm für das kommende Jahr entstanden.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei unserem engagierten Kämmerer Alexander Trapp bedanken, der bereits zum zweiten Mal die Verantwortung für die Haushaltsplanaufstellung übernommen hat. Seit Juli haben wir gemeinsam mit allen Ämtern viele Stunden in dieses Werk investiert. Dabei haben wir nach bestem Wissen und auf Grundlage der uns vorliegenden Informationen alles in den Haushaltsplan aufgenommen, was aus heutiger Sicht oberste Priorität hat.

Abweichungen gegenüber dem Vorjahr wurden so weit wie möglich erläutert. Sollten im Vorfeld der Beratungen noch Fragen auftreten, bitten wir um Rücksprache, damit wir die gewünschten Daten rechtzeitig bereitstellen können.

Verwaltung und Bürgermeisterin freuen sich auf sachorientierte und konstruktive Beratungen mit dem Gemeinderat.

Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die stets engagierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Für das Jahr 2026 haben wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zusammengestellt und hoffen, dass möglichst viele der geplanten Projekte umgesetzt werden können. Zugleich ist bereits jetzt absehbar, dass wir mehr Maßnahmen eingeplant haben, als tatsächlich realisierbar sein werden. Viele Projekte hängen von externen Faktoren ab, die wir nicht vollständig beeinflussen können – daher wird sich in einzelnen Fällen erst im Laufe des Jahres zeigen, ob eine Umsetzung bereits 2026 möglich ist.

Die Entwürfe des Haushaltsplans und des Wirtschaftsplans sowie die Präsentation zur Haushaltsrede können im Ratsinformationssystem eingesehen werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich nun über ein Zeichen der Wertschätzung für die gesamte Verwaltung!